Zwanzig Jahre deutsche Einheit widerlegen alle Befürchtungen

Erfolg ohne Plan

Wolfgang Bergsdorf

In jenem Annus mirabilis vor zwanzig Jahren hatte die zunächst allmähliche, dann sich beschleunigende Implosion der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa das Thema der deutschen Einheit keineswegs über Nacht, wohl aber von Monat zu Monat unabweisbarer auf die Tagesordnung der deutschen wie der internationalen Politik gebracht. Dem Sturz des Honecker-Regimes und der Öffnung des Brandenburger Tores waren entscheidende Schritte vorausgegangen. Die wichtigste Voraussetzung war die zunächst wenig bemerkte Verabschiedung der Breschnew-Doktrin durch Gorbatschow. Sie hat den amerikanischen Botschafter in Deutschland, Vernon Walters, bei seinem Amtsantritt im April 1989 zu der erstaunlichen Voraussage veranlasst, es werde noch während seiner Amtsdauer zur Wiedervereinigung Deutschlands kommen.

Nach der gefälschten Kommunalwahl in der DDR nutzten im Sommer Tausende von DDR-Bürgern ihren Urlaub, um in den westdeutschen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau ihre Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland zu erzwingen. Die erste Nagelprobe einer vollständig neuen Politik kündigte der ungarische Regierungschef Nemeth bei einem Geheimbesuch im August Bundeskanzler Kohl an. Er sagte zu, Anfang September die Grenzen zu öffnen. Als dies in der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989 geschah, entstand eine Fluchtbewegung, die bis zum Jahresende 1989 mehr als 340 000 vorwiegend jüngere Leute aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln ließ. Massendemonstrationen in Berlin, in Leipzig, Erfurt, Dresden und anderswo erzwangen den Zusammenbruch des Honecker-Regimes und die Öffnung der innerdeutschen Grenzen am 9. November durch den Nachfolger Krenz.

Das „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“, das der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 28. November 1989 dem Deutschen Bundestag vortrug, war eine logische Konsequenz der Entwicklung der letzten Wochen. Denn die Bonner Regierung konnte seit dem Sommer davon ausgehen, dass die deutsche Einheit Thema der deutschen und internationalen Politik werden würde. Der Kanzler, der Außenminister und alle führenden Politiker der Regierungskoalition nutzten alle internationalen Begegnungen und Kontakte, um die Perspektive einer allmählichen Überwindung der deutschen Spaltung zu erläutern und hierfür zu werben. In seinem Zehn-Punkte-Plan fasste Kohl alle jene Elemente einschließlich „föderativer Strukturen“ zusammen, die in seinen Gesprächen auf internationaler Ebene immer wieder entwickelt worden waren. Er glaubte damals, dass der Zeithorizont zur Verwirklichung des Zehn-Punkte-Plans bis in das Jahr 1993 reichen würde.

Das waren auch die zeitlichen Vorstellungen, die in der Bonner Koalition und Opposition vorherrschten. Dass dieser Zeithorizont der wahrscheinlichen Entwicklung nicht entsprach, erfuhr als Erster

auf eindringliche Weise der Bundeskanzler Helmut Kohl, als er zu seiner Begegnung mit dem neuen Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, am 19. Dezember 1989 nach Dresden kam. Damals säumten Hunderttausende Menschen die Straßen vom Flughafen zum Verhandlungsort und demonstrierten für die Einheit Deutschlands. Kohl verstand spätestens am Abend seiner Ansprache an die Dresdner, dass der Wille zur raschen Einheit bei der Bevölkerung in der DDR alle Zeitpläne für eine allmähliche Verschmelzung der beiden Teile Deutschlands hinfällig machen würde. Das Ziel der deutschen Politik für die Tagesordnung des Jahres 1990 konnte also nur heißen: die Einigung herbeizuführen, so schnell wie nötig und so geordnet wie möglich.

Der Wille des Volkes

Das Jahr 1990 begann mit Massendemonstrationen in der DDR zugunsten der deutschen Einheit. Alle Versuche der SED oder auch der revolutionären Avantgarde aus dem Herbst waren gescheitert, die Zweistaatlichkeit Deutschlands auch künftig mit der Behauptung einer eigenen kulturellen oder sozialen Identität zu legitimieren. Dies hatte auch in meinungsbildenden Kreisen der Bundesrepublik Deutschland zu einer bis dahin einmalig rasanten Veränderung ihrer Einstellung gegenüber der deutschen Frage geführt. Bis auf wenige Ausnahmen änderten alle Journalisten und Publizisten, die noch im November und Dezember für die Zweistaatlichkeit plädiert hatten, ihre Position und setzten sich für die Einheit Deutschlands ein. Das Gleiche gilt für die meisten Politiker der Opposition, die, mit Ausnahme von Lafontaine und den Grünen, dem bei den Massendemonstrationen überaus deutlich erkennbaren Willen der Bevölkerung ihre Reverenz erwiesen.

Einsichtig machte die Notwendigkeit einer schnelleren Herbeiführung der Einheit die nicht abreißende Übersiedlungswelle. Hier wird deutlich, dass an den politischen Entscheidungsprozessen des Jahres 1990 wie auch schon im Herbst des Vorjahres die Bevölkerung in der DDR der Hauptakteur war und die Politiker in West- und Ostdeutschland mit mehr oder weniger großem Geschick diesen Volkswillen zu steuern versuchten.

Der Zustrom der Ostdeutschen nach Westdeutschland machte aber auch klar, warum die Währungsumstellung von einer Ostmark auf eine D-Mark bei privaten Sparanlagen alternativlos war. Wäre diese Umstellung nach dem Realwert von vier zu eins oder auch nur zwei zu eins erfolgt, dann hätte nur eine neue Mauer unsere ostdeutschen Landsleute davon abhalten können, in den Westen zu gehen.

Die DDR-Wirtschaft sollte in den nächsten Monaten zum wichtigsten Thema der Einigungsverhandlungen werden. Die Einzelheiten sind zu bekannt, um sie noch einmal zu rekapitulieren. Noch 1987 wurde Bundeskanzler Helmut Kohl eine Meldung der CIA vorgelegt, die behauptete, dass der Lebensstandard der DDR im Jahre 1991 den der Bundesrepublik Deutschland erreichen würde. Schon heute sei das Bruttoinlandsprodukt der DDR auf einer vergleichbaren Höhe mit dem der Bundesrepublik. Die Amerikaner waren nicht die Einzigen, die die Wirtschaftskraft der DDR gewaltig überschätzten. Damals glaubte man allgemein, dass die DDR-Wirtschaft an der zehnten Stelle der Weltrangliste stünde. Wie der Westen zu einer solch groben Fehldiagnose kommen konnte, gehört zu den größten Rätseln der damaligen Zeit. Rückblickend kann man nur den Hut ziehen vor dem Einfallsreichtum und der Wirkungskraft der DDR-Propaganda. Immerhin musste man in der DDR – das wusste man auch im Westen – sechzehn Jahre lang warten, bevor man ein Auto kaufen konnte, und auf ein Telefon hatte man 25 Jahre lang zu warten.

Ein anderes Beispiel: Als der neue DDR-Regierungschef Modrow im Februar 1990 im Bonner Kanzleramt um einen Kredit von zwölf Milliarden D-Mark nachsuchte, behauptete er, die DDR-Wirtschaft habe einen Wert von 800 Milliarden D-Mark. Bekanntlich bekam er den Kredit nicht, weil er sich weigerte, systemverändernde Reformen wie freie Wahlen, Zulassung von Parteien und so weiter zuzusagen. Als noch im gleichen Jahr die Treuhand ihre Arbeit begann, hatte sich der Wert der DDR-Wirtschaft auf dreißig Milliarden D-Mark reduziert. Als die Treuhand 1994 ihre Arbeit im Wesentlichen abschloss, tat sie dies mit einem Schuldenberg von 250 Milliarden D-Mark.

Fehlende Pläne für den Umbau

Man hat in diesen und auch in anderen Zusammenhängen der damaligen Regierung immer wieder vorgeworfen, keinerlei Pläne für eine Wiedervereinigung entwickelt zu haben. Hätte es eine amtliche Planung gegeben für die Einführung von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft in der DDR, wäre sie in jedem Fall bekannt geworden und hätte den tatsächlichen Einigungsprozess enorm erschwert.

Übrigens hat es bis zur ersten Großen Koalition im Jahre 1966 einen Wissenschaftlichen Beirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim gesamtdeutschen Ministerium unter der Leitung von bedeutenden Ökonomen gegeben, der die immer stärker divergierenden Kennzahlen der Wirtschaft in beiden Teilen Deutschlands sorgfältig analysierte und Vorschläge für den Fall des Falles machte. Sie wurden sogar teilweise veröffentlicht. Aber in den Achtzigerjahren war die Situation eine vollständig andere. Der größere Teil der veröffentlichten Meinung und ein guter Teil der Politik hatten sich mit der Spaltung Deutschlands abgefunden und genossen die Nischenexistenz im Schatten der Ost-West-Polarisation.

Trotz der fehlenden Pläne für den Umbau der maroden DDR-Wirtschaft ist der Aufbau Ost ganz gut vorangekommen. Dabei ging und geht es um den Ausbau und die Renovierung der Infrastruktur und die Förderung von Neuansiedlungen. Heute ist die Qualität der Infrastruktur in den neuen Ländern so hoch, dass sie manchen Bürgermeister aus dem Westen vor Neid erblassen lässt. Insgesamt lässt sich feststellen: Die Förderung wirkte.

Zuerst boomte die Bauwirtschaft, die zügig zur Erneuerung des Baubestandes, aber auch zu hohen Leerständen führte. Deshalb wurde die Förderung in einer zweiten Phase stärker auf das verarbeitende Gewerbe konzentriert. Dem Bauboom folgte ein kräftiges Wachstum der industriellen Wertschöpfung, das bis 2008 die Beschäftigung nach oben gezogen hat. Karl-Heinz Paqué hat in seinem 2009 erschienenen Buch (siehe Seite 24) folgende Bilanz gezogen: „Der Aufbau Ost war zweifellos sehr teuer, weit über eine Billion Euro. Was ist er wirtschaftlich wert? Zweifellos hat er geholfen, das Ausbluten des Ostens durch Abwanderung drastisch einzudämmen, wenngleich auch heute noch rund fünfzigtausend Menschen mehr die Region verlassen als zuwandern. Ansonsten hilft ein Blick auf die mitteleuropäischen Nachbarländer, um die Leistung zu ermessen. Vor allem auf Tschechien, ein Land, das als hoch entwickelte Industrieregion sowohl in der Zwischenkriegszeit als auch in den vierzig Jahren der sozialistischen Abschottung die größte strukturelle Ähnlichkeit mit Ostdeutschland hatte. Wo steht die tschechische Industrie heute? Die Antwort lautet für 2007: bei etwa 31 Prozent der Arbeitsproduktivität von West- und 41 Prozent von Ostdeutschland und damit wohl viel niedriger als in der Zwischenkriegszeit. Ostdeutschland hat einen guten Mittelfeldplatz erobert – noch ein Stück weg vom Westen, aber mit großem Abstand vor den postsozialistischen Nachbarländern aus

Mitteleuropa. Hier liegt vor allem der Wert des Aufbau Ost“ (vergleiche hierzu auch seinen Beitrag zu dieser Ausgabe auf Seite 19 bis 24). Noch im Februar erhielt Kohl von Gorbatschow in Moskau die Zusicherung, dass sich die Sowjetunion der deutschen Einheit nicht länger in den Weg stellen würde. Nachdem sich NATO und Warschauer Pakt auf eine Truppenreduzierung auf jeweils 195 000 Mann geeinigt hatten, vereinbarten die Außenminister der vier Siegermächte und der beiden deutschen Staaten eine Serie von Konferenzen nach der Formel zwei plus vier, um die alliierten Siegerrechte über Gesamtdeutschland abzulösen.

Helmut Kohl hatte mit dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Staatschef sowie seinen europäischen Kollegen nicht nur in London, Paris, Brüssel und Rom in allen Phasen des Einigungsprozesses ständigen Kontakt. Die persönlichen Begegnungen bei Konferenzen und gegenseitigen Besuchen wurden ergänzt durch zahllose briefliche und persönliche Kontakte. Gleichzeitig bereiste Bundesaußenminister Genscher unablässig Europa, überquerte den Atlantik und band so Amerikaner, Sowjets und Europäer zusammen. In diesen entscheidenden Monaten gelang dem Kanzler und seinem Außenminister eine lückenlose Abstimmung. Die Opposition schaffte es nicht, Streit in der Regierungskoalition über Ziel, Wege und Geschwindigkeit des Einheitsprozesses zu entfachen.

Vor allem in dieser außenpolitischen Phase des Einigungsprozesses bewährte sich die vertrauensvolle und nahtlose Zusammenarbeit zwischen Bonn und Washington. Der damalige US-Präsident George H. W. Bush und seine Regierung haben von Anfang an tatkräftig und ohne jeden Vorbehalt den Einigungsprozess der Deutschen unterstützt und keinen Zweifel daran gelassen, dass die Wiedervereinigungsrhetorik früherer Jahre auch in der neuen Lage Geltung beanspruchen musste. Das persönliche Vertrauensverhältnis zwischen Bush und Kohl war die Basis des Glaubens an die Aufrichtigkeit der gegenseitigen Versicherungen und Zusicherungen. Bundeskanzler Kohl hat nicht eine Sekunde daran gezweifelt, dass der amerikanische Präsident zu seinen Verpflichtungen aufgrund des Deutschlandvertrages stehen würde. Und der amerikanische Präsident konnte sicher sein, dass die deutsche Regierung unter keinen Umständen mit der Idee spielen würde, aus der Gemeinsamkeit des Atlantischen Bündnisses herauszusteuern. Der amerikanische Präsident hat dem deutschen Bundeskanzler in dieser so wichtigen Phase der außenpolitischen Absicherung des Einheitsprozesses den Rücken frei gehalten.

Endgültiger Verzicht

Im Juli beschließen Bundestag und Volkskammer die endgültige Bekräftigung der Oder-Neiße-Grenze als unverletzlicher Westgrenze Polens gegenüber dem vereinten Deutschland. Damit gelang die außenpolitische Absicherung des Einigungsprozesses in einem zentralen, für Deutschland schmerzlichen, für die Zukunft Europas jedoch Frieden stiftenden Punkt. Die gemeinsamen Entschließungen der frei gewählten, demokratisch legitimierten Parlamente brachten damit den politischen Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck, um den Preis eines endgültigen Verzichtes auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße die Einheit der Nation wiederzuerlangen. Mit dem dann später, am 14. November, unterzeichneten Vertrag über die Bestätigung der zwischen Deutschland und Polen bestehenden Grenze hat sich schließlich die stets eindeutige, völkerrechtlich abgesicherte Haltung des Bundeskanzlers durchgesetzt, allein einem frei gewählten gesamtdeutschen Souverän die Macht einzuräumen, verbindlich die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze zu garantieren.

Die fugenlose Synchronisation der innen- und außenpolitischen Aktivitäten, die ungeheure und fast unübersehbare Fülle des Regulierungsbedarfes, der von den Menschen in der DDR verursachte Zeitdruck haben den Entscheidungsträgern in Bonn und Ostberlin, den Politikern, Diplomaten und Beamten ihr Äußerstes an Konzentration, Improvisation und Imagination abverlangt. Das Ergebnis war Lohn genug. Der Traum der Deutschen, in Einheit und Freiheit zu leben, wurde am 3. Oktober 1990 erfüllt.

Die europäische Seite der Medaille

Neben der politischen und diplomatischen Arbeit war die Bundesregierung in den Jahren 1989 und 1990 mit einer breit angelegten Kommunikationskampagne beschäftigt. Denn die gewiss größte Herausforderung an die Überzeugungsarbeit der Bundesregierung im zu Ende gehenden Jahr 1989 war der Abbau der inländischen, vor allem aber der ausländischen Befürchtungen angesichts negativer Folgen des deutschen Einigungsprozesses für die Stabilität in Europa. Das wiedervereinigte Deutschland mit rund 80 Millionen Bürgern, seiner Wirtschaftkraft, seinem gewachsenen politischen Gewicht, seiner historischen Hypothek, seiner wiedererlangten vollen Souveränität hat verständlicherweise Ängste im Hinblick auf seinen zukünftigen Kurs ausgelöst. Im Zentrum der Kommunikationsarbeit der Bundesregierung stand deshalb das Vertrauen, das sich die Bonner Demokratie in den letzten vierzig Jahren als zuverlässiger und berechenbarer Partner erworben hatte. Der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister und mit ihnen die gesamte Regierung und die sie tragenden politischen Kräfte durften und konnten nicht müde werden zu betonen, dass die Überwindung der deutschen Teilung als Überwindung der Spaltung Europas zu verstehen sei, dass die deutsche Einigung und der europäische Integrationsprozess zwei Seiten der gleichen Medaille darstellten.

Weil die Europäer ein gutes Gedächtnis haben, galt es, in allen formellen und informellen Gesprächen die grundsätzlichen Unterschiede der deutschen Einigung von 1990 und der von 1871 zu verdeutlichen:

Erstens: Damals war die Einigung ein „von oben“ verordneter Vorgang, auch wenn sie von den Deutschen begrüßt und von den europäischen Nachbarn geduldet wurde. Heute ist die Einheit das Ergebnis des bisher ersten erfolgreichen revolutionären Prozesses, der in Deutschland vom Volk selbst in Gang gesetzt und von den europäischen Partnern begrüßt wurde.

Zweitens: 1871 kam es zur Reichsgründung nach Kriegen gegen Österreich (1866) und Frankreich (1870/71), heute ist die Einheit Folge der friedlichen Selbstbefreiung unserer Mitbürger in der ehemaligen DDR, deren mutige Massenmanifestationen die kommunistische Herrschaft zum Einsturz brachten.

Drittens: Vor mehr als einem Jahrhundert haben die europäischen Nachbarn Deutschlands die Einigung mit Skepsis bis Ablehnung verfolgt. Insbesondere der französische Verlust von Elsass-Lothringen hat die Rückgewinnung der verlorenen Gebiete zum Leitmotiv der französischen Außenpolitik und damit den deutsch-französischen Gegensatz zu einer festen Größe gemacht, mit der alle europäischen Mächte rechnen konnten und mussten. Heute ist die deutsche Einheit mit Zustimmung und Unterstützung aller Europäer verwirklicht worden.

Viertens: Die Annexion Elsass-Lothringens hat sich für die Außenpolitik des Deutschen Reiches als Fußfessel ausgewirkt. Die Verteidigung dieses Gebietes hat den Handlungsspielraum des Reiches stark eingeschränkt. Die Anerkennung aller seiner Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Grenze durch das vereinte

Deutschland verschafft einen zusätzlichen Handlungsspielraum, der der europäischen Integration zugutekommt.
Fünftens: Die Reichsgründung von 1871 hat einen klassischen Nationalstaat in der Verfassung einer konstitutionellen Monarchie hervorgebracht, dem trotz aller Bekenntnisse von Selbstgenügsamkeit ein imperialer Anspruch unterstellt wurde. Denn das deutsche Kaiserreich umfasste mehr als die deutsche Nation. Das vereinte Deutschland des Jahres 1990 ist ein gemäßigt nationaler Staat in der Form einer bundesstaatlichen, parlamentarisch verfassten Republik. Es ist bereit, einen wachsenden Teil seiner nunmehr wieder vervollständigten Souveränität an die transnationalen Einrichtungen Europas abzugeben.
Sechstens: 1871 hing die außenpolitische Zukunft des vereinten Deutschlands von der Fähigkeit und Bereitschaft seiner politischen Führung ab, Deutschland im Gleichgewicht der europäischen Großmächte Frankreich, England, Österreich-Ungarn und Russland zu halten. Die Ausbalancierung dieses Gleichgewichts führte immer wieder zu krisenhaften Entwicklungen und misslang dann bald endgültig, nachdem der Lotse Bismarck von Bord gegangen war. Heute ist das vereinte Deutschland fest verankert in der westlichen Werte-, Wirtschafts- und Verteidigungsgemeinschaft, die einen künftigen Sonderweg des Achtzig-Millionen-Volkes absolut unmöglich macht. Das heutige Deutschland sieht seine Bestimmung in Europa, dessen Integration zur deutschen Staatsräson wird. Henry Kissinger erinnert in einer Würdigung Helmut Kohls anlässlich dessen achtzigsten Geburtstags erst kürzlich daran, dass Kohl an die deutsche Einheit in einem weitgefassten Prozess gegenseitigen Einvernehmens heranging. Er stellte sich die Einheit inmitten konzentrischer Kreise vor, innerhalb Deutschlands, innerhalb Europas und innerhalb des Atlantischen Bündnisses. Sie waren dazu gedacht, sich gegenseitig zu verstärken und Stabilität wie Frieden zu fördern. Helmut Kohl, so würdigt Kissinger, sei immer klar gewesen, dass neue Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit zwischen dem Westen und der Sowjetunion nötig gewesen seien, um den Frieden dauerhaft zu sichern. Konsequenterweise wurde nicht einmal ein Jahr nach der Wiedervereinigung der Maastricht-Vertrag geschlossen, der zur Grundlage des Euro wurde.
Siebtens: Nach 1871 kam es in ganz Europa angesichts der Machtverschiebung durch die Reichsgründung zu einer das gesamte öffentliche Leben prägenden Militarisierung. Die Überwindung des Ost-West-Konfliktes als Voraussetzung der deutschen Einheit wie der europäischen Einigung erlaubt heute eine Demilitarisierung, wie sie quantitativ und qualitativ in der Geschichte ohne Vorbild ist. Wie nachhaltig dieser Trend ist, zeigte sich im Frühjahr in Prag, als der amerikanische Präsident Barack Obama und sein russischer Kollege die Zahl ihrer Nuklearwaffen zum zweiten Mal dramatisch senken konnten, um der Vision einer atomwaffenfreien Welt näher zu kommen.

Mit dem 3. Oktober 1990 musste sich Deutschland vom Nischendasein unter dem jeweiligen Schirm seiner Schutzmächte verabschieden und sich in die raue Realität der Weltpolitik hineinbegeben. Die Privilegien des Beiseitestehens war entfallen. UNO wie NATO forderten deutsches Engagement bei internationalen Konflikten außerhalb des NATO-Gebietes, so in Jugoslawien, bei den Golfkriegen, im Irak-Krieg und in Afghanistan, mal mit direkter militärischer Präsenz, mal mit logistischer Unterstützung. Dass darüber keine Stimmung des „Wir sind wieder wer“ aufkommt, dafür wird der neue Fünf-Fraktionen-Bundestag mit einer allem Militärischen kritisch gegenüberstehenden Öffentlichkeit sorgen.